

„Einen Fußbreit vor dem Austritt“

Mannschaft im Löschzug Stadt der Feuerwehr kritisiert Vorstoß der FDP

-rog- **Telgte.** Dass die Gekuld der Feuerwehrkameraden nach dem jahrelangen Hickhack um einen neuen Standort der Wache mehr und mehr zu Ende geht, hatte sich schon bei der Frühjahrsübung in Westbevern gezeigt, als Bürgermeister Pieper symbolisch ein gelber Melder überreicht wurde.

Der Frust und die Enttäuschung innerhalb der Wehr haben sich inzwischen offenbar aber noch weiter vertieft. Am Ende einer Woche, in der die Kameraden bis an die Grenze der Belastbarkeit gefordert waren – einige mussten danach psychologisch betreut werden –, erreichte die Ratsmitglieder ein Schreiben von Gunnar Schlecht, dem Mannschaftssprecher des Löschzuges Stadt. Darin übt der Vertrauensmann der Wehrleute heftige Kritik am Verhalten der FDP, die sich bereits vor Ende der laufenden

Überprüfung durch die Stadtverwaltung gegen den Standort Alverskirchener Straße ausgesprochen hat, stattdessen die Alternativen Bruens oder Dartmann favorisiert (WN berichtet). Die meisten Kameraden fragten sich, wie die FDP noch vor Bekanntgabe der Untersuchungsergebnisse ein Urteil fällen könne. Schlecht bedauert in dem offenen Brief, dass die Liberalen

trotz Einladung bisher als einzige Fraktion nicht das Gespräch mit der Feuerwehr gesucht hätten. „Hätte man sich die Mühe gemacht, wäre auch der FDP aufgefallen, dass das Argument der Sonderquerung der Bahn ein Potemkinsches Dorf ist.“ Selbst für den unwahrscheinlichen Fall der Zustimmung durch die Bahn AG werde kein Kamerad sich dieser Gefahr aussetzen, heißt es

sinngemäß weiter.

Ein Großteil der Mitglieder sehe keinen Sinn mehr darin, sich für eine Sache zu engagieren, die nicht mehr durch das Bürgertum der Stadt und dessen Vertreter getragen werde. „Sie stehen nur einen Fußbreit vor dem Austritt.“

Was das bedeuten würde, macht Schlecht in dem Brief deutlich: Dann müsste die Stadt eine Pflichtfeuerwehr einrichten. Die Folge wären immense Kosten, weil Dienstverpflichtete Anspruch auf Vergütung hätten. Das Sagen über eine Pflichtfeuerwehr hätte die Bezirksregierung als Aufsichtsbehörde. Sie müsste dann aufgrund des Zustands der Gerätehäuser, des teilweise veralteten Fuhrparks und weiterer Ausrüstungsmängel Investitionen in Millionenhöhe anordnen. Der Rat hätte kein Mitspracherecht mehr. Freiwillige Leistungen wären dann nicht mehr bezahlbar.

Zum Thema

Pflichtfeuerwehr

Der Paragraph 14 des Feuer- schutzhilfegesetzes NRW schreibt vor, dass eine Gemeinde eine Pflichtfeuerwehr einrichten muss, wenn eine Freiwillige Feuerwehr nicht zustande kommt oder die bestehenden Feuerschutz gewährleistungen kann. Zur Pflicht-

feuerwehr kann jeder Einwohner vom 18. bis 60. Lebensjahr herangezogen werden, falls er dies nicht aus einem wichtigen Grund ablehnen kann. Bestimmte Gruppen wie Polizei oder Technisches Hilfswerk sind von der Heranziehung ausgeschlossen.

Kommentar

Feuerwehr

Letzte Warnung

Wer die letzten Einsätze der Feuerwehr miterlebt hat, bei denen verwirrte Patienten wegen eines Brandes evakuiert, vor Schmerzen schreiende Schwerverletzte aus Rolltoren oder Autowracks herausgeholt werden mussten, und wer gesehen hat, wie schnell, geordnet und professionell die Kameraden dabei zu Werke gingen, der wird zugeben müssen, dass das Gezerre um einen neuen Standort der Wache reichlich überzogen wirkt angesichts der Größe dieser Aufgabe. Der verzweifelte Brief des Mannschaftssprechers – nicht der Führungsebene – kann nur als letzte Warnung an die Politik verstanden werden, jetzt endlich Fakten zu schaffen. **Roland Greife**